



Dr. Anton Hofreiter

Vorsitzender der Bundestagsfraktion
Bündnis 90/Die Grünen



Harald Ebner

Mitglied des Deutschen Bundestages
Sprecher für Gentechnik- und Bioökonomiepolitik

An

Sigmar Gabriel

SPD-Bundesvorsitzender

und

Dr. Barbara Hendricks

Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit

Per Fax

Berlin, 24.04.2015

OFFENER BRIEF

Position der SPD zur Umsetzung der Gentechnikpflanzen-Anbauverbote in nationales Recht

Sehr geehrter Herr Bundesvorsitzender Gabriel,

sehr geehrte Frau Ministerin Dr. Hendricks,

am Sonntag wird im Koalitionsausschuss auch über die künftige Gestaltung des Gentechnikgesetzes als Umsetzung der Änderung der Richtlinie 2001/18/EG („Freisetzungsrichtlinie“) verhandelt. Im Rahmen der Ressortabstimmung sind an der Ausgestaltung der künftigen nationalen Regelung der Gentechnikpflanzen-Anbauverbote die SPD-geführten Ministerien maßgeblich beteiligt.

Die große Mehrheit der Verbraucherinnen und Verbraucher und der Landwirtinnen und Landwirte in Deutschland lehnt seit vielen Jahren Gentechnik auf Acker und Teller klar ab. Handel und Lebensmittelhersteller haben ebenfalls kein Interesse an gentechnisch veränderten Produkten. Eine Regelung, die die Verantwortung an die Bundesländer abschiebt, wie sie von Minister Christian Schmidt vorgeschlagen wurde, würde zu massiven Mehrkosten für die Absicherung der gentechnikfreien Produktion, immenser Rechtsunsicherheit und in den Bundesländern nicht zu bewältigendem Kontrollaufwand führen.

Die SPD hat sich in ihrem Regierungsprogramm zur Bundestagswahl 2013 klar gegen Gentechnik positioniert. In der namentlichen Abstimmung am 22. Mai 2014 hat die SPD-Fraktion geschlossen für eine rechtssichere nationale Ausstiegsmöglichkeit aus der Gentechnik und eine nationale Opt-Out-Regelung gestimmt (Bundestags-Drucksache 18/1450). Ihr Fraktionskollege Matthias Miersch erhielt dabei viel Beifall für sein Versprechen und Eintreten der SPD für eine nationale Lösung.

Die SPD-geführten Ministerien für Umwelt und Verbraucherschutz (BMUB und BMJV) haben sich ebenfalls klar für eine Verankerung der Änderungen der Freisetzungsrichtlinie auf Bundesebene ausgesprochen. Von den Ressorts beauftragte Gutachten etwa durch das Bundesamt für Naturschutz (BfN) warnen vor den immensen Umsetzungsproblemen, wenn es keine Lösung auf Bundesebene gibt.

In dieser zentralen Grundfrage kann es keine Kompromisse geben: die Gentechnikpflanzen-Verbote müssen auf Bundesebene und bundesweit einheitlich geregelt werden. Das erwarten die Menschen im Land zu Recht, und das wird ihnen ja auch immer wieder versprochen. Wir verleihen hier unserer Hoffnung Ausdruck, dass Ihnen die Interessen der Verbraucherinnen und Verbraucher wichtiger sind als etwa Erwägungen hinsichtlich eines erfolgreichen Freihandelsabkommens.

Wir fordern Sie, Ihre SPD-Kabinettskolleginnen und -kollegen und Ihre Fraktion nochmals auf, im bevorstehenden Koalitionsausschuss, in der weiteren Ressortabstimmung und im Bundestag klar bei ihrer Ablehnung einer ausschließlichen Ermöglichung der Umsetzung auf Bundesländer-Ebene zu bleiben. Dafür haben Sie unsere Unterstützung. In Ihrer Verantwortung liegt es jetzt, dafür zu sorgen, dass Gentechnikpflanzen-Anbauverbote künftig bundeseinheitlich verhängt werden können und sollen und dass in Deutschland kein Gentechnik-Flickenteppich entsteht! Die Bürgerinnen und Bürger werden es Ihnen danken.

Mit freundlichen Grüßen



Anton Hofreiter
Fraktionsvorsitzender



Harald Ebner
Sprecher für Gentechnik- und Bioökonomiepolitik